

Wochenblatt für Wilsdruff

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Inserate werden tags vorher bis mittags 11 Uhr angenommen.

Bezugspreis in der Stadt vierjährlich 10 Mk. frei ins Haus, abgeholt von der Expedition 1,50 Mk. auch die Post nach unsere Landbesteller bezogen 2 Mk.

und Umgebung.

Einzelheftpreis 15 Pfg. pro fünfjährigem Kopiergeld. Außerhalb des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff 20 Pfg.

Zeitungsänderer und tabellarischer Satz mit 50 Prozent Nachschlag.

Jeder Anspruch auf Rabatt erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß od. der Auftraggeber in Konkurs geht.

Verantwortl. Red. G. — Telegramm-Adresse: Wilsdruff Wilsdruff.

Für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, in Wilsdruff sowie für das König-



Amts-Blatt

für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat, für das Amtshauptmannamt zu Charandt.

Lokalblatt für Wilsdruff

Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardtswalde, Croitzsch, Grumbach, Grund bei Mohorn, Hartha bei Gauernitz, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Sandberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Klein Schönberg, Klipphausen, Kamperdorf, Limbach, Kogen, Müllitz-Reitzsch, Mohorn, Münzig, Neufrieden, Niederwartha, Oberwartha, Pörsdorf, Rößersdorf, Rößersdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Bernau, Sagsdorf, Schmiedewalde, Seeligsdorf, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach bei Mohorn, Speichshausen, Tanneberg, Taubenheim, Illendorf, Unterkirch, Weistropf, Wildberg, Zöllmen.

Mit laufender Unterhaltungs-(Roman-)Beilage, wöchentlich illustrierter Beilage „Welt im Bild“ und monatlicher Beilage „Unsere Heimat“.

Druck und Verlag von Arthur Blauke, Wilsdruff. Für die Redaktion verantwortlich: Oberlehrer Götner, Wilsdruff.

Nr. 149.

Dienstag, den 28. Dezember 1915.

74. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Kartoffellieferung betreffend.

I.
Die auf Grund der Bundesratsverordnung vom 29. November seitens der Landeszentralbehörde erlassene Anordnung, daß bei Enteignung der ganzen Kartoffelernte eines Landwirts dieselbe nicht nur die zur Ernährung seiner Hauswirtschaft erforderlichen, sondern auch die zum Betriebe der Brennerei usw. erforderlichen Kartoffeln belassen werden sollen, ist vielfach dahin mißverstanden worden, daß diese Zurückbehaltung auch gegenüber der Anforderung von 10 bez. 20 v. H. der gesamten Kartoffelernte zulässig sei. Demgegenüber muß betont werden, daß eine Zurückbehaltung von Kartoffeln gegenüber der Forderung des Kommunverbandes auf 1/10 der Ernte überhaupt nicht und gegenüber der auf das zweite Heftel nur betreffs der zur Fortführung der Wirtschaft unbedingt erforderlichen Kartoffeln zulässig ist.

II.
Dagegen sind die Landwirte bejugt, Verkäufe von Kartoffeln, die nach dem 10. Oktober erfolgt und vor der Anforderung der Behörde durch tatsächliche Lieferung erfüllt sind, auf das Pflichtheftel bez. die 20% anzurechnen. Da es sich nun als sehr unbillig erwiesen hat, wenn die Behörde an die einzelnen Landwirte wegen der Lieferung herangeht und diese erst dann die anzurechnenden Verkäufe nachweisen, so daß darauf dann wieder an andere Kartoffelerzeuger die gleiche Aufforderung ergehen muß, hat die Königliche Amtshauptmannschaft eine neue Aufstellung der Kartoffelernte und der bisher erfolgten Verkäufe mit dem 15. Dezember als Stichtag angeordnet und durchgeführt. Auf Grund der Ergebnisse dieser Aufnahme ist nun die Behörde in der Lage, aus ihren Unterlagen zu ersehen, welche Lieferungen am 15. November auf die Pflichtleistung anzurechnen waren. Selbstverständlich konnten hierbei die angezeigten Verkäufe nur insoweit berücksichtigt werden, als der Anzeige die erforderlichen ortsbefählich beglaubigten Nachweise beigelegt waren.

III.
Damit nun die so geschaffene Uebersichtlichkeit nicht wieder verschwindet, sieht sich die Königliche Amtshauptmannschaft veranlaßt, hiermit anzuordnen, daß jeder nach dem 15. November erfolgte oder weiterhin noch erfolgende Verkauf von Speisekartoffeln seitens des Erzeugers alsbald unter Bestätigung durch die Gemeindebehörde nach Umfang der Lieferung und Person des Käufers hierher anzuzeigen ist. Nicht derart angezeigte Verkäufe werden bei der künftigen Abforderung der Pflichtmenge nicht berücksichtigt.

IV.
Zu dem Verkauf von Speisekartoffeln bedarf es, soweit nicht dadurch bereits angeforderte Lieferungen berührt werden, keiner Erlaubnis der Verwaltungsbehörde. Solche Verkäufe sind vielmehr nur nach III anzuzeigen.

Um indes Täuschungen der Landwirte, die vorgekommen sein sollen, zu verhüten, wird darauf hingewiesen, daß jeder Händler oder sonstige Beauftragte eines Kommunalverbandes oder einer Gemeinde, der auf Grund einer Anforderung der Amtshauptmannschaft Kartoffeln geliefert werden sollen, sich über den ihm erteilten Auftrag schriftlich

auszuweisen hat. Wer keinen schriftlichen Ausweis derjenigen Gemeinde, auf die die Lieferung angewiesen ist, bei sich führt, und trotzdem im Namen einer solchen Gemeinde zu handeln vorgibt, ist als Betrüger zu behandeln.

Meißen, am 25. Dezember 1915.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Der Wirtschaftsbefitzer **Leberecht Horn** ist als 2. stellvertretender Ortsvorsteher für den Bezirk des Rittergutes Tanneberg bestellt und von der Königlichen Amtshauptmannschaft verpflichtet worden.

Meißen, am 24. Dezember 1915.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Beschleunigung des Umlaufs von Nickelmünzen.

Bekanntlich ist eine steigende Knappheit an kleinen Zahlungsmitteln, insbesondere an Nickelmünzen hervorgetreten. Die Reichsbank ist bei ihren niedrigen Beständen außerstande, dem Verkehrsbedürfnis zu entsprechen.

Die zum Ersatz von Nickelmünzen eingeleiteten Prägungen von eisernen fünf-pfennigstücken werden zwar nach Kräften gefördert, daneben müssen jedoch alle Mittel angewendet werden, um auch auf andere Weise dem mit schweren Schädigungen der Volkswirtschaft verknüpften Mangel an Zahlungsmitteln abzuhelfen.

Für diesen Zweck ist es wichtig und erforderlich, den Umlauf der Nickelmünzen nach Möglichkeit zu beschleunigen, damit sie für den Zahlungsverkehr besser ausgenutzt werden.

Es ist vielfach beobachtet worden, daß sie in den privaten und öffentlichen Automaten angesammelten Schupfenstücke dortselbst zu lange Zeit verbleiben. Dadurch werden erhebliche Beträge dem Münzumsatz vorenthalten. Neben den öffentlichen Automaten der Verkehrsanstalten (Post, Eisenbahn, Straßenbahn usw.) kommen u. a. Gasautomaten in Frage, deren Zahl wegen der knappen Petroleumvorräte stark gewachsen ist, so daß es sich hierbei um große Beträge handeln wird, die für den Umlauf in kürzeren Zeiträumen frei gemacht werden können.

Um alle Beteiligten ergeht daher das dringende Ersuchen, den Umlauf der Nickelmünzen nach Möglichkeit zu beschleunigen, was wesentlich dadurch gefördert werden kann, daß alle öffentlichen und privaten Automaten oder in Gastwirtschaften und an anderen Stellen befindlichen Sammelbüchsen möglichst oft geleert werden.

Weiterhin wird gegenüber der anscheinend weitgehenden Neigung, die eisernen fünf-pfennigstücke als sogenannte Kriegsandenken zurückzubehalten, darauf hingewiesen, daß derartige Ansammlungen für eine spätere Zeit zu verschleppen sein werden, damit die neuen Münzen ihre wichtige Zweckbestimmung erfüllen können.

Meißen, am 25. Dezember 1915.

Nr. 784 VII.

Die Königliche Amtshauptmannschaft.

Das große Völkerringen.

Friedensstimmungen?

Mit einem sehr großen Fragezeichen muß man vieles Wort versehen, wenn man in den Ländern ringsherum nach Anzeichen suchen möchte, die auf einen Wandel der öffentlichen Stimmungen nach diesem schrecklichen Blutvergießen von 1 1/2 Jahren hindeuten könnten. Der Weihnachtsgeist hat von den Menschen nicht Besitz ergriffen, ihre Herzen bleiben kalt und verschlossen. Für England, unseren Hauptgegner, hat Herr Asquith den Ton angegeben, indem er im Unterhaus auf die Frage, ob man nach den Reichstagsverhandlungen nicht endlich daran denken könne, den Krieg vom Schlachtfeld in das Konferenzzimmer zu verlegen, abschließend erwiderte, er habe seiner Erklärung vom 8. Dezember nichts hinzuzufügen. Die Erklärung vom 8. Dezember wiederum verwies auf die Regierungserklärung vom Jahre zuvor — der Premierminister hat also nichts hinzugelert in dieser harten Kriegszeit, deren eiserne Sprache bei ihm auf taube Ohren geht. Er möchte auf die weiteren „erfolgreichen“ Rückzüge, die seinen Soldaten noch auf den verschiedenen Teilen des Kriegsschauplatzes bevorstehen, nicht vorzeitig verzichten, und das Parlament übt sich zwar in wichtigen Reden über die Unfähigkeit dieses oder jenes Ministers, läßt im übrigen aber die Dinge laufen, wie es nun einmal im hohen Kriegsrat beschlossen wird. Also wie es mit England steht, das wissen wir.

Mit England: das will sagen mit der Gruppe von Geld- und Machthabern, die dieses angeblich demokratisch regierte Weltreich beherrschen. Die breiten Kreise des Bürgertums leisten, unter der „glorreichen“ Führung der tonangebenden Presse, den Parteihäuptlingen stumme Gefolgschaft, und die Arbeiter fähigen sich bei dem Wettbewerf, der zwischen Lord George, dem Munitionsmi-

nist, auf der einen, und Lord Derby, dem Rekrutierungsminister, auf der anderen Seite um sie entbrannt ist, so wohl, daß sie den Krieg im Grunde nur als eine recht willkommenen Erhöhung ihres Arbeitswertes empfinden und danach auch in der Praxis verfahren. Selbst ihre Führer, die sonst auf das internationale Friedensprogramm eingeschworen sind, finden anlässlich des Weihnachtsfestes nur leere Worte und halbe Wünsche. Von einer ihrer bedeutendsten Redensarten um Selbstbeiträge angegangen, ergingen sie sich lediglich in billigen Redensarten; so z. B. Jowett, wenn er sagt: „Falls unsere Regierung uns nicht in die Balkan- und Dardanellenabenteuer gestürzt hätte, wäre der Türke oder der Deutsche nie auf den Gedanken gekommen, uns in Ägypten zu bedrohen, und so wäre die unglückliche Bagdad-Debitation nicht nötig gewesen. Die Leute können keinen Krieg führen und, leider Gottes, auch keinen Frieden machen.“ Ein anderer übte seinen Biss an den Erfolgen der Werbungs-kampagne, ein dritter spottete über die Ohnmacht der Diplomatie. Nur Sermon, dessen Name bei den deutschen Sozialisten einigen Klang hat, meinte: „Asquiths Aus- sage, die englische Regierung sei gesamt, jeden ernsthaften Vorschlag zum Frieden zu erwägen und sobald wie nur möglich das Parlament in dieser Hinsicht ins Vertrauen zu ziehen, ist das hoffnungsvollste Wort, das bis jetzt ge- sprochen wurde. Da viele Leute auch in Deutschland nur das Gleiche wünschen, wäre es doch angebracht festzu- stellen, auf welchen Grundsat man sich einigen könnte. Denn daß die Befürworter einer militärischen Entscheidung recht behalten werden, indem sie die Deutschen über ihre eigenen Grenzen zurückdrängen wollen, daran glaubt doch kein Mensch, der bei Sinnen ist. Dann muß man weiter- tanzen, bis der letzte Mensch im kriegsanalischen Alter

gefallen ist, was selbstverständlich absoluter Blödsinn ist. Sollte man statt dessen nicht eher versuchen, die Einigungs- punkte zu ermitteln, worüber im Parlament und da draußen überall gesprochen wird?“ Sollte man! Aber man tut es eben nicht.

Auch die Franzosen wissen, warum sie unendlich an Frieden denken können. Ein gelehrter Volkswirtschaftler von der Pariser Sorbonne, Henri Jourdain hat es ihnen wieder einmal schwarz auf weiß bewiesen. Angenommen, schreibt er, die Alliierten würden heute mit Deutschland Frieden machen, was käme dann? Wir hätten zwei Mächte- gruppen in Europa. Auf der einen Seite die verarmten Alliierten, verarmt, weil sie einen bedeutenden Teil ihres Volksgüter nach Amerika senden mußten, um es gegen Kriegsbedarf aller Art einzutauschen; Frankreich, Belgien, Serbien, ein Teil Rußlands sind infolge der Kriegsergebnisse verwüstet oder für lange Zeit gelähmt. Auf der anderen Seite Deutschland und Österreich-Ungarn, erschöpft an Rüstungsmaterial, doch finanziell gesichert, denn das Nationalvermögen wanderte nicht aus. Die Länder sind intakt geblieben, die Industrie blüht wie früher. Wir wären Amerikas Schuldner und Deutschlands Hörige; dem einerseits müßten wir in Amerika Geld aufnehmen, um unsere Fabriken wieder aufzurichten, andererseits müßten wir in Deutschland die Materialien einkaufen, weil nur dort unmittelbar nach dem Kriege Aufträge aus- geführt werden könnten. Und während wir uns abmühen, die Wunden zu heilen, würden Österreich-Ungarn und Deutschland den Orient wirtschaftlich erobern, den Welt- markt allen Feinden von gestern verschließen. Deutschland wäre demnach in kürzester Zeit die erste wirtschaftliche Macht Europas, auf bestem Wege zur Hegemonie über die Welt. Deshalb ist ein Friede, der nicht die Alliierten zu deren her Situation macht, unmöglich. Suerst muß der